



Russland – wirtschaftliche Situation im 3. Quartal 2010

Russland will weiter Zölle auf Importautos erhöhen

Der russische Sommer 2010 und die Ohnmacht der russischen Verwaltungsbehörden
Die Brände in den russischen Wäldern sind nach langen Bemühungen der vielen Helfer und den theatralischen Auftritten des russischen Premierministers Wladimir Putin unter Kontrolle. Doch an den Folgen wird die russische Wirtschaft nach der erst überwundenen weltweiten Finanzkrise noch lange zu knabbern haben. Die Flammen zehren am Bruttoinlandsprodukt und befeuern die Inflation. Investoren sind verunsichert, auf Versicherungen kommen Millionenforderungen zu. Das Wiederaufbauprogramm dürfte Milliarden Rubel verschlingen. Russland wird in den nächsten drei Jahren kein schnelles Wachstum á la VR China und keinen Durchbruch bei den Investitionen und der Industrieproduktion erleben.

Im 2. Quartal 2010 hatte Russlands Wirtschaft gerade wieder Tritt gefasst. Regierung und Banken gingen von einem Wachstum von 5 Prozent für das Gesamtjahr aus. Die Inflation lag auf einem historisch niedrigen Niveau, die Industrieproduktion wuchs wieder zweistellig und zu Krisenzeiten zurückgestellte Investitionsprojekte wurden erneut vorangetrieben.

Doch dann kam die Hitzewelle und brachte dem Land Dürre, Wald- und Torfbrände. Von Mitte Juni bis Mitte August 2010 sanken die Temperaturen im europäischen Teil des Riesenreichs tagsüber nicht mehr unter 30 Grad Celsius. Die in einer Tiefe von fünf Metern unter der Erdoberfläche schwelenden Torfschichten stießen angesichts der ungewöhnlich hohen Temperaturen dichten Qualm aus. Große Teile der Wälder Zentral-Russlands und der Uralregion standen in Flammen. Die Brände haben Wald, Wiesen und Siedlungen auf einer Fläche so groß wie das Saarland zerstört.

Bleibt die Frage, ob dieser russische Sommer zu verhindern gewesen wäre? Kein Land kann solche Umweltkatastrophen abwenden. Dies ist schlicht unmöglich. Doch die vertikale Zentralisierung der Macht in Russland hat zu einer weiteren Verkrustung der russischen Verwaltungsstrukturen in den Regionen geführt. Und eben diese waren überhaupt nicht in der Lage, einer Umweltkatastrophe dieser Dimension annähernd entgegenzutreten. Entscheidungen wurden nur schleppend getroffen. Handlungsszenarien und entsprechende technische Ausrüstung der Behörden und nachgeordneter kommunaler Betriebe und Einrichtungen waren und sind für diese Fälle in den Regionen nicht vorhanden. Somit verdeutlichte der russische Sommer, das eine moderne russische Verwaltung nur rudimentär vorhanden ist und die Modernisierungspolitik des russischen Präsidenten im Sommer 2010 einen herben Rückschlag erlitten hat.

Das Bruttoinlandsprodukt Russlands ist im Juli 2010 im Jahresvergleich um nur 2,5 Prozent gewachsen. Das BIP nahm von Januar bis Juli 2010 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,8 Prozent zu. Die russische Regierung konstatierte ferner einen deutlichen Rückgang in der Landwirtschaft, und zwar saison- und kalenderbereinigt um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat. „Somit ist die Dürre in der Tat zu einem makroökonomischen Faktor geworden, der sich sowohl auf die Landwirtschaft als auch auf die Industrie ausgewirkt hat, denn wegen der extrem hohen Temperaturen stand im Juli eine ganze Reihe von Betrieben still“, bestätigte der stellvertretende Wirtschaftsminister Andrej Klepatsch.



Die Auswirkungen der Dürre können auf mindestens 0,4 bis 0,5 Prozentpunkte geschätzt werden. Dies wäre allerdings nur die unmittelbare Folge. Der Gesamteffekt dürfte höher liegen – bei 0,7 bis 0,8 Prozentpunkten. Das russische Wirtschaftsministerium gehe davon aus, dass die russische Wirtschaft in diesem Jahr nicht wie ursprünglich prognostiziert um 4,4 Prozent bis 4,7 Prozent wachse, sondern etwa um 4 Prozent.

Russisches Wirtschaftsministerium sieht Verschlechterung des Wettbewerbsklimas

Das Wettbewerbsklima in Russland hat sich in den letzten drei Jahren verschlechtert, stellt das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung in einer am 3. September 2010 veröffentlichten Studie fest. Nach Ansicht der Behörde können die meisten Warenmärkte Russlands einstweilen kaum als wettbewerbsfähig bezeichnet werden.

In der Studie wird außerdem darauf hingewiesen, dass sich die Hauptmärkte für Rohstoffe durch eine hohe Kapitalkonzentration auszeichnen. Dabei habe sich der Anteil der kleinen Erdölförderer in den letzten zehn Jahren von 10 Prozent auf 5 Prozent halbiert. Demgegenüber liege dieser Anteil in den USA bei 50 Prozent. Ein hoher Anteil von Kleinunternehmen sei nicht nur dem Wettbewerb, sondern auch der Arbeitsproduktivität förderlich. Diese wachse in Russland auf dem Sektor Bodenschätze um mehr als die Hälfte langsamer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Laut Rosstat lagen die Steigerungsraten auf diesem Sektor gegenüber dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft im Jahr 2006 bei 2,5 Prozent gegenüber 7 Prozent, 2007 bei 2,3 Prozent gegenüber 7 Prozent und 2008 bei 0,7 Prozent gegenüber 5 Prozent.

„Das Problem ist, dass die Nische für Kleinunternehmen in Russland im Grunde genommen unbesetzt bleibt, ganz im Gegensatz zur Situation in anderen Ländern. Anderswo in der Welt bauen solche Unternehmen erschöpfte Lagerstätten mit billigen Bohrungen ab. In unserem Land aber wird das durch hohe bürokratische Hürden (unter anderem für Bauaktivitäten und den technischen Aufschluss von Lagerstätten) und durch Probleme beim Anschluss an die Öltransportinfrastruktur behindert“, konstatiert die Wirtschaftsbehörde.

Als weiteren Problemmarkt nennt das Ministerium den Bausektor. „Für Bauleistungen sind zwar regionale Märkte zuständig. Doch angesichts äußerst langwieriger und komplizierter Genehmigungsverfahren für Bauobjekte findet der Wettbewerb in Amtsstuben und nicht auf Bauplätzen statt, wobei es um Vorzugsbedingungen, kürzere Genehmigungsfristen und verschiedene Vorteile geht und nicht um bessere Qualität und niedrigere Preise“, beklagt die Studie. Sie plädiert dafür, die Regionen enger in diesen Prozess einzubeziehen und die Hürden auf der Ebene von föderalen Zentralregionen, Städten und Gemeinden zu senken.

Präsident Medwedew unterstellt Forstwirtschaftsamt der Regierung

Das Föderale Forstwirtschaftsamt Russlands, bisher Struktureinheit des Landwirtschaftsministeriums, wird nunmehr als selbständige Behörde der Regierung direkt unterstellt sein. Wie Präsident Dmitri Medwedew am 27. August 2010 bei einem Gespräch mit dem Ersten Vizepremier Viktor Subkow informierte, wurde von ihm ein entsprechender Erlass unterzeichnet. Nach seinen Worten werde das Amt zusätzlich mit der Aufgabe betraut, die Staatspolitik und die normative und rechtliche Basis im Bereich des Forstwesens zu erarbeiten sowie Kontrolle und Aufsicht über diesen Bereich auszuüben. Eine Ausnahme bilden besonders geschützte Naturreservate.



Der Präsident verwies auf die dramatischen Ereignisse dieses Sommers, die mit extrem hohen Temperaturen und Waldbränden zusammenhingen. „In diesem Bereich muss Ordnung geschaffen werden, und ich rechne damit, dass die Regierung dies tut“, erklärte er. „Es bedarf einer eingehenden Inventur des Forstrechts, auch des Forstgesetzbuches selbst“, forderte Medwedew. „Ich greife dem Urteil nicht vor, welche der darin fixierten Normen in Ordnung sind und welche sich nicht bewährt haben. Fest steht aber, dass es höchste Zeit ist, uns damit zu befassen“, führte der Staatschef aus. „Sicherlich gibt es darin Regelungen, die korrekturbedürftig sind, unter anderem was die Verwaltung von Forsten und Holzungen betrifft. Deshalb beauftrage ich die Regierung, sich dieses Themas anzunehmen“, sagte er.

„Ich wünsche, dass die Regierung alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um diesen Erlass zu realisieren und andere Kabinettsbeschlüsse in Übereinstimmung mit ihm zu bringen“, sagte der Staatschef weiter. Zugleich betonte er: „Es kommt natürlich nicht darauf an, Bauklötzchen zu verändern, obwohl auch das manchmal einen Effekt bringt. Worauf es ankommt, ist, dass diesem Lebens- und Wirtschaftsbereich reale Beachtung zuteil wird. Denn das bisherige System hat seine Schwächen offenbart, insbesondere in Notsituationen.“

Krisenende mit Risiken: Russland vor neuen Herausforderungen

Nachdem die Weltwirtschaft die erste Phase der Krise überwunden hat, steht Russland vor neuen Herausforderungen, schreibt der russische Ableger der Zeitschrift „Forbes“ in seiner jüngsten Ausgabe. Finanzminister Alexej Kudrin warnte bereits im April dieses Jahres, dass die Russen in den kommenden zehn Jahren mit einer Stagnation der Haushaltseinnahmen rechnen müssten. Deshalb müsse das Wachstum der Staatsausgaben gestoppt werden.

Unlängst sorgte Kudrin für Aufsehen, als er auf die Überalterung der Nation verwies und gleichzeitig für eine Erhöhung des Rentenalters plädierte. Kudrins Besorgnis ist verständlich: Russland riskiert, sich aus einem Land, das seine Staatsschulden abbaute, in ein Land zu verwandeln, das sie weiter anhäuft. Eine gewisse Zunahme der Staatsschulden wäre zwar sogar nützlich: der ausbleibende Binnenmarkt für die Staatsschulden ist ein großes Hindernis für die Entstehung eines normalen Finanzmarkts. Dennoch ist es offensichtlich, dass schnell wachsende Staatsschulden für Investoren sehr beunruhigend sind. Falls keine internen Beschränkungen eingeführt werden, könnten äußere Beschränkungen eingeführt werden, wie es mit Griechenland der Fall war.

Die Herausforderungen, die Russland drohen, beschränken sich nicht auf die Haushaltsprobleme. Russland muss mit strukturellen Änderungen des Energiemarktes rechnen. Eine wesentliche Schwächung der Positionen des Energieriesen Gazprom in Europa muss zwar nicht eine nationale Tragödie werden, wird aber einschneidende Schritte bei der Verwaltung des Konzerns verlangen.

Im Innovationsbereich, den die russischen Behörden in letzter Zeit entwickeln, könnte die Schnelligkeit der Entwicklung und Nutzung sowie die schnelle Veralterung neuer Produkte zu einer großen Herausforderung werden. Mit der Entwicklung der Forschung und des Unternehmertums in vielen Ländern wird die Konkurrenz immer größer werden. Die Möglichkeiten des Staates, diesen Sektor effektiv zu unterstützen, um ihn weltweit konkurrenzfähig zu machen, werden unter solchen Bedingungen ziemlich gering sein. Die in den letzten Jahren sich dramatisch verstärkende staatliche Einflussnahme auf Wirtschaftsprozesse werde der Modernisierung der russischen Gesellschaft sehr hinderlich sein.



Die wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung werden dann die Offenheit der Märkte und das Unternehmertum sein. Auf diesem Gebiet wird die Situation auch nicht gerade besser, sondern eher das Gegenteil. Laut einer internationalen Studie belegte Russland 2009 nach den Unternehmensaktivitäten den letzten Platz unter allen Ländern mit einem vergleichbaren Entwicklungsstand und den vorletzten Platz weltweit. Mittlerweile räumen die Unternehmer der ersten Generation das Feld, die seit Ende der 1980er Jahre aktiv waren, während die Nachrücker bekanntlich nach einem Job in staatlichen Strukturen streben.

Auch die demographische Lage in Russland lässt sich durchaus als eine Herausforderung betrachten. An diese demographischen Wellen wird sich auch der Arbeitsmarkt anpassen müssen. Angesichts der Krise sind die sozialen Folgen sichtbar geworden. Es ist höchste Zeit, neue Szenarien und eine neue Strategie zu erarbeiten.

Putin schließt schärfere Staatskontrolle für Unternehmen nicht aus

Die administrative Kontrolle der Aktivitäten von Unternehmen wird nach Worten von Regierungschef Wladimir Putin „erforderlichenfalls“ verschärft. In einer Sitzung des Regierungspräsidiums am 9. September 2010 erinnerte er daran, dass im vergangenen Jahr Beschlüsse über die Abschaffung administrativer Schranken in Bildung, Agrarwirtschaft, Bau und Gesundheitswesen gefasst worden waren.

„Ich möchte betonen, dass administrative Kontrollen dort abgeschafft werden, wo sie überflüssig sind. Dort aber, wo Kontrollen objektiv notwendig sind, werden sie in einigen Fällen sogar verschärft.“ Putin bemängelte, dass ehrliche Unternehmer manchmal nur mühsam Zertifikate für ihre Erzeugnisse erhalten, während Firmen, die im Kontakt mit Amtsträgern stehen, überhaupt keine Einschränkungen haben. Zur Lösung des Problems und zur Senkung des Korruptionsrisikos schlug Putin vor, ein einheitliches Akkreditierungsorgan zu bilden und einen strikten Modus für den Erhalt der Akkreditierung festzuschreiben.

LUKoil führt Ethik-Kodex ein

Die zweitgrößte russische Erdölgesellschaft OAO LUKoil hat jetzt einen Kodex für Unternehmens- und Geschäftsethik eingeführt. Einer Pressemitteilung vom 19. August 2010 zufolge ist im innerbetrieblichen Teil jede Diskriminierung von Mitarbeitern aufgrund von Geschlecht, Alter, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion und politischer Überzeugung ausgeschlossen.

Den Mitarbeitern wird ferner untersagt, Geschenke, Dienstleistungen, kostenfreie Unterhaltung und Erholung, Geldgratifikationen und jegliche anderen Vorteile anzunehmen, die ihre Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit bei der Ausübung der dienstlichen Pflichten beeinträchtigen oder sie zu Entscheidungen bewegen können, die nicht mit den Interessen des Unternehmens übereinstimmen.

Der Kodex sieht eine Regelung für Situationen vor, in denen ein Mitarbeiter aus persönlichen, familiären oder anderen Gründen Loyalität und Objektivität gegenüber dem Unternehmen einbüßt. „Der in diesem Fall entstehende Konflikt zwischen den persönlichen Interessen und den Interessen des Unternehmens wirkt sich negativ auf dessen Effizienz aus, weshalb das Unternehmen dazu berechtigt ist, solcher Art von Konflikten vorzubeugen“, heißt es in der Mitteilung.



Das Dokument regelt die Beziehungen von Mitarbeitern zu Aktionären und Investoren. Dabei wird besonderes Gewicht auf Insiderinformationen gelegt, die sich auf den Wert der Unternehmensaktien auswirken. Dazu wird ausdrücklich definiert, wer als Insider zu betrachten ist. Das Unternehmen führt eine aktualisierte Liste von Insidern, für die ein besonderes Verfahren zur Abwicklung von Transaktionen mit Wertpapieren von LUKoil gilt.

Der Kodex enthält ferner Regeln für Beziehungen zu Behörden und gesellschaftlichen Organisationen. Ein besonderes Augenmerk wird dem Arbeitsschutz, der industriellen und persönlichen Sicherheit und dem Umweltschutz gewidmet.

Zum Umgang mit Geschäftspartnern heißt es unter anderem, die Gesellschaft gestalten und pflegen. Beziehungen zu jedem Partner, der ebenso wie sie die Prinzipien von gegenseitiger Achtung, gegenseitigem Vorteil, Fairness, Gewissenhaftigkeit und strikter gegenseitiger Worttreue einhalte. Zugleich tritt LUKoil für einen fairen und legalen Konkurrenzkampf ein.

Beim Unternehmen wurde entsprechend dem Kodex ein Ausschuss für Geschäftsethik gebildet. „Jeder unser Mitarbeiter muss dessen eingedenk sein, dass er das Unternehmen repräsentiert und durch seine Arbeit und sein Verhalten dessen Ruf und Prestige fördert. Der Kodex für Geschäftsethik ist eines der Instrumente zur Gestaltung eines Unternehmens, in dem alle Mitarbeiter Mitglieder eines Profi-Teams sind“, wird LUKoil-Präsident Wagit Alekperow in der Mitteilung zitiert.